

Aus dem greenpeace-magazin September – Oktober 2009.

Parteien-Check zur Bundestagswahl 2009: Wie halten es die fünf im Bundestag vertretenen Parteien mit der Umwelt?

Greenpeace stellte Fragen zur zukünftigen Umweltpolitik.

Für die jeweilige Partei antworteten:

CDU/CSU: Ronald Pofalla, Generalsekretär

SPD: Frank-Walter Steinmeier, Spitzenkandidat

B90/Grüne: Renate Künast, Spitzenkandidatin

FDP: Dirk Niebel, Generalsekretär

Die Linke: Gregor Gysi, Spitzenkandidat

Hier eine Auswahl der Fragen:

Frage: Welche Rolle spielt die Klimaproblematik für Sie bei der Lösung der Wirtschaftskrise?

Antworten:

CDU/CSU: Die Bekämpfung des Klimawandels bleibt für die CDU weiterhin eine zentrale Aufgabe von Politik. Durch Investitionen in Zukunftsbranchen wie Umwelttechnologie und durch Setzung der richtigen Rahmenbedingungen können wir beides: Die Krise überwinden und den Klimaschutz vorantreiben.

SPD: Dies ist eine Jahrhundertaufgabe. Klimaschutz ist zentral für Lebenschancen, Frieden und Sicherheit. Mit „green recovery“ (nachhaltigem Wachstum) wollen wir den Klimawandel abmildern und gestärkt aus der Finanz- und Wirtschaftskrise herauskommen.

B90/Grüne: Eine ambitionierte Klimapolitik ist das beste Konjunkturprogramm. Klimaschutz schafft Jobs! Nur wenn wir Ökonomie und Ökologie zusammen denken und unsere Wirtschaftsweise grundlegend umstellen, gehen wir gestärkt aus der Krise hervor.

FDP: Die Technologieführerschaft Deutschlands leistet hierzu einen wichtigen Beitrag. Die FDP fordert unter anderem einen wirksameren Technologietransfer in die Entwicklungs- und Schwellenländer, sowohl für erneuerbare Energien als auch für saubere Kohleverstromung.

Die Linke: Bei der Wirtschafts- und Klimakrise handelt es sich um ein Systemversagen. Der sozial-ökologische Umbau unserer Produktions- und Lebensweisen ist dringender denn je. Konjunktur- und Klimapolitik können dabei Hand in Hand gehen.

Frage: Die Technologie zur Abscheidung und Speicherung von Kohlendioxid wird frühestens 2020 einsatzfähig sein. Sollen bis dahin trotzdem weiter klimaschädliche Kohlekraftwerke gebaut werden?

Antworten:

CDU/CSU: Die CDU setzt im Rahmen eines breiten Energiemixes auf eine effiziente und klimaschonende Nutzung fossiler Energiequellen, zu der die CCS-Technologie einen Beitrag leisten kann. Wir wollen die Bedingungen für eine Modernisierung des konventionellen Kraftwerkparks verbessern.

SPD: Ich will, dass der Anteil der Erneuerbaren rasch steigt. Doch Kohle wird noch für Jahrzehnte weltweit der führende Energieträger bleiben. Darum brauchen wir die CO₂-Abscheidetechnologie. So bekommen wir die Bedürfnisse der Menschen und den Klimaschutz auf einen Nenner.

B90/Grüne: Nein. Jedes neue Kohlekraftwerk setzt für Jahrzehnte riesige Mengen CO₂ frei. Das schadet dem Klima und käme über den Emissionshandel letztlich auch die Verbraucher teuer zu stehen. Die Zukunft liegt bei den erneuerbaren Energien – zu 100 Prozent!

FDP: Die FDP will die Kohleverstromung durch CO₂-Abscheidung und den Neubau hocheffizienter Kohlekraftwerke klimaverträglicher machen. Sie erhöhen die Emissionen wegen der durch den Zertifikatehandel festgelegten CO₂-Grenzen nicht, sondern verdrängen alte, ineffiziente Anlagen.

Die Linke: Die Linke spricht sich gegen die Planung und den Bau weiterer Kohlekraftwerke aus. Klimaschutzziele würden dadurch unerreichbar und der erforderliche Umbau des Energiesystems blockiert.

Frage: Der deutsche CO₂-Ausstoß ist seit 1990 erst um etwa 20 Prozent gesunken. Wie wollen Sie das deutsche Klimaschutz-Ziel (40 Prozent bis 2020) erreichen?

Antworten:

CDU/CSU: Unser Weg zum Klimaschutz ist die Förderung erneuerbarer Energien, ein breiter Energiemix sowie Anreize für mehr Energieeffizienz und Energiesparen.

SPD: Wir brauchen eine Energiesparoffensive. Wir wollen ein Hocheffizienz-Gesetz zum Einsparen von Strom und den Ausbau der Energieberatung. Mit einem Klimaschutz-Investitions-Gesetz wollen wir weitere steuerliche Vorteile für Investitionen in Effizienz und erneuerbare Energien schaffen.

B90/Grüne: Wir haben mit Energie 2.0 ein Gesamtkonzept für die Energiewende. Zudem brauchen wir: ein Klimaschutzgesetz, den Abbau ökologisch schädlicher Subventionen, Anreize für klimafreundliches Verhalten, mehr Gebäudesanierung und eine andere Verkehrspolitik.

FDP: Die FDP hält bis 2020 ein Reduktionsziel von 30 Prozent für realistisch und erforderlich. Wichtige Instrumente sind die Ausweitung des Emissionshandels, mehr

erneuerbare Energien, saubere Kohleverstromung und technologische Verbesserungen auch im Netzbereich.

Die Linke: Die Linke will den Ausbau erneuerbarer Energien forcieren und fordert eine Energieeffizienz-Offensive. Zudem muss der öffentliche Personenverkehr massiv ausgebaut und mehr Güterverkehr von der Straße auf die Schiene verlagert werden.

Frage: Werden Sie am Atomausstieg festhalten?

Antworten:

CDU/CSU: Wir streben eine Laufzeitverlängerung der sicheren deutschen Anlagen an, weil heute klimafreundliche und kostengünstige Alternativen noch nicht in ausreichendem Maße verfügbar sind. Einen Neubau von Kernkraftwerken lehnt die CDU ab.

SPD: Ich habe den Atomausstieg selbst verhandelt und werde ihn nicht antasten. Mit der SPD bleibt es beim vereinbarten Ausstieg. Ich kann nicht begreifen, dass die Union Atomkraft als Öko-Energie feiert und den Konsens aufkündigt. Sie macht sich damit zum Sprachrohr der Atomlobby.

B90/Grüne: Ja! Die Vorfälle in Krümmel und Asse zeigen: Atomkraft ist hochgefährlich. Die sieben ältesten AKWs und der Pannereaktor Krümmel müssen sofort vom Netz. Atomkraft hilft auch dem Klima nicht, denn sie behindert den Ausbau der erneuerbaren Energien.

FDP: Nein. Kernenergie ist als Übergangstechnologie unverzichtbar bis erneuerbare Energien grundlastfähigen Strom erzeugen können oder CCS zur Verfügung steht. Dabei muss die Sicherheit der Kernkraftwerke weiterhin auf höchstem Niveau sichergestellt und fortentwickelt werden.

Die Linke: Die Linke fordert den unverzüglichen und unumkehrbaren Ausstieg aus der Atomwirtschaft. Der Betrieb von Atomanlagen birgt unverantwortliche Risiken, und die Endlagerfrage ist ungelöst. AKWs blockieren zudem den notwendigen Umbau des Energiesystems.

Frage: Soll das Endlager für den hochradioaktiven deutschen Atommüll in Gorleben sein? Oder haben Sie da noch andere Ideen?

Antworten:

CDU/CSU: Die CDU ist für eine ergebnisoffene Fortführung der bisher erfolgreichen Erkundungen des Standortes Gorleben. Dazu muss das von Rot-Grün im Jahr 2000 beschlossene Moratorium aufgehoben werden, um so schnell wie möglich die Zwischenlager an den Kraftwerken aufzulösen.

SPD: Wir brauchen ein ergebnisoffenes, an internationalen Standards orientiertes Auswahlverfahren. Es gibt noch keine sicheren Endlager. Das zeigen Probleme mit Standsicherheit und Wassereintrüben in Morsleben und der Asse II. Ein weiterer Grund für den schnellstmöglichen Atomausstieg.

B90/Grüne: Die Entscheidung für Gorleben hat noch nie unseren Anforderungen an einen Suchprozess für ein Endlager genügt: ergebnisoffen, transparent, mit Bürgerbeteiligung. Wir wollen deshalb ein neues Verfahren, das neben Salz auch Ton und Granit einbezieht.

FDP: Eine sichere Lagerung ist unverzichtbar und möglich. Ob Gorleben sich eignet, muss geklärt, das sogenannte Moratorium also aufgehoben werden. Das Thema Endlagerung hochradioaktiver Abfälle will die FDP bis zum Ende der anstehenden Legislaturperiode zu einer endgültigen Klärung führen.

Die Linke: Der Salzstock Gorleben wie auch das Endlager Schacht Konrad sind nach vorliegenden Erkenntnissen als Endlager ungeeignet. Wir brauchen ein transparentes und gerichtlich nachprüfbares Suchverfahren nach neuen Endlagerstandorten.

Frage: Sollte die milliardenteure Sanierung der maroden Endlager Asse und Morsleben am Steuerzahler hängen bleiben oder von den Betreibern der Atomkraftwerke mitfinanziert werden?

Antworten:

CDU/CSU: Die Abfallverursacher dürfen sich bei der Frage der atomaren Endlagerung nicht ihrer Verantwortung entziehen. Deshalb gilt die Endlagervorausleistungsverordnung uneingeschränkt. Diese regelt, dass Abfallverursacher für finanzielle Folgen der Abfallverursachung gerade stehen müssen.

SPD: Hier sind vor allem die Energiekonzerne der Atomwirtschaft in der Pflicht. Bei Asse II geht es dabei auch ausdrücklich um die Möglichkeit, den Atommüll vollständig zurückzuholen und sicher zu entsorgen.

B90/Grüne: Jahrzehntlang haben die Atomkonzerne ihren Müll über Umwege billig in Asse und Morsleben entsorgt. Es darf nicht sein, dass die milliardenteure Sanierung nun am Steuerzahler hängen bleibt. Die Atomkonzerne müssen auf jeden Fall beteiligt werden.

FDP: Neben anderen in diesem Zusammenhang relevanten Fragen werden auch die für dieses Problem maßgeblichen Sachverhalte derzeit ermittelt, geprüft und bewertet. Aus den Ergebnissen werden auf rechtlich tragfähiger Grundlage gegebenenfalls Schlussfolgerungen abzuleiten sein.

Die Linke: Hier müsste das Verursacherprinzip gelten. Die AKW-Betreiber sind zur Finanzierung heranzuziehen. Denn auch der Großteil des Atommülls im vermeintlichen Forschungsbergwerk Asse stammt aus deutschen Atomkraftwerken.

Frage: Soll Flugbenzin besteuert werden, um die Zunahme des Kurzstrecken-Flugverkehrs, insbesondere der Billigflieger, zu begrenzen?

Antworten:

CDU/CSU: Die CDU befürwortet die Einbindung des Flugverkehrs in das europäische und langfristig in ein offenes globales Emissionshandelssystem, um Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden.

SPD: Ich will eine Regelung auf europäischer Ebene. Ein weiteres wichtiges Instrument ist hier der europäische Emissionshandel.

B90/Grüne: Ja, denn der Flugverkehr wächst wie kaum ein anderer Verkehrsträger. Wir brauchen dringend Kerosinsteuer, eine Mehrwertsteuer bei Auslandsflügen und eine Flugticketabgabe. Zudem muss der Emissionshandel für den Luftverkehr effektiver werden.

FDP: Die FDP will fairen Wettbewerb für alle Verkehrsträger. Das bedeutet auch die Beseitigung einseitiger Vergünstigungen. Alleingänge, die der Luftverkehrswirtschaft in Deutschland schaden, ohne dem Weltklima zu nutzen, lehnen wir ab. Wir setzen auf internationale Vereinbarungen.

Die Linke: Das Flugzeug ist das umweltschädlichste aller Fortbewegungsmittel – und gleichzeitig das am meisten subventionierte. Um diese Absurdität zu beenden, spricht sich Die Linke seit langem schon für die Einführung einer Kerosinsteuer aus.

Frage: Deutsche Autos sind bei Spritverbrauch und CO₂-Ausstoß international im Hintertreffen. Wie wollen Sie verhindern, dass das Auto der Zukunft woanders gebaut wird?

Antworten:

CDU/CSU: Die CDU will die Entwicklung alternativer Kraftstoffe oder innovativer Antriebstechnologien weiter vorantreiben. Wir werden als ein zentrales Zukunftsprojekt eine Modellregion für Elektromobilität in Deutschland einrichten, um weltweiter Vorreiter in dieser Zukunftstechnologie zu werden.

SPD: Wir wollen „weg vom Öl“. Im Konjunkturpaket habe ich 500 Mio. Euro zusätzlich für die Erforschung alternativer Antriebe für das Auto der Zukunft durchgesetzt. Eine riesige Chance, um enorme Reserven zu erschließen.

B90/Grüne: Der Blaumann muss grün werden. Nur wer die Industrie ökologisch modernisiert, kann sie erhalten. Wir wollen strenge CO₂-Standards für Autos, eine ökologisch ausgerichtete Kfz-Steuer und ein Marktanreizprogramm für Elektroautos.

FDP: Neben dem Emissionshandel sind Biokraftstoffe der zweiten und dritten Generation sowie Hybrid- und Elektroantriebe Schlüsseltechnologien. Die FDP befürwortet subventionsfreie Kaufanreize. Im Übrigen ist es Sache der Automobilindustrie auf geänderte Marktbedingungen zu reagieren.

Die Linke: Hier sind klare politische Rahmensetzungen gefragt: ambitionierte Obergrenzen für den CO₂-Ausstoß von Neuwagen, eine progressive Kfz-Besteuerung nach CO₂-Ausstoß und ein Tempolimit auf Autobahnen. Wir müssen weg vom „schneller, größer, schwerer“.

Mehr Antworten gibt's im Greenpeace-Wahlkompass. Online unter:
www.greenpeace.de/wahl09

